

Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw rlp)

im dbb beamtenbund und tarifunion

Bericht zur 15. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung

Berlin, den 03. Juni

#Geschlechtergerechtigkeit: Da geht noch mehr!

Es geht um die Frage der Geschlechtergerechtigkeit, auch 2019, das wurde auf der frauenpolitischen Fachtagung des dbb in Berlin deutlich. Zwei Bereiche, in denen es um die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern immer noch nicht gut bestellt ist, sind die gesetzlichen Grundlagen und Prinzipien der Besteuerung und die Wahlgesetze sowie die politische Praxis verschiedener Parteien. In ihrer Eröffnung ging die Vorsitzende der dbb Frauenvertretung, Helene



Wildfeuer, insbesondere auf die gegenwärtige finanzielle Situation von Frauen ein: Vor allem in monetärer Hinsicht sind Frauen deutlich schlechter gestellt als Männer. Das lässt sich etwa an den Vermögenswerten ablesen, die das Institut der Deutschen Wirtschaft veröffentlicht hat. Über das höchste Pro-

1: Die anwesenden dbb rlp Frauen: 3.v.l.: Claudia Rüdell, Vorsitzende der Frauenvertretung im dbb rlp

jährige alleinstehende Männer mit 150.000 Euro. Besonders gering dagegen fällt das Vermögen Alleinerziehender (in der Mehrzahl Frauen) aus mit 27.000 Euro. Und weiter gehen die finanziellen Ungerechtigkeiten mit gender pay gap und gender pension gap. Dass bis heute die Forderung nach gendersensiblen Haushalten (gender budgeting) uneingelöst ist, auch im öffentlichen Sektor, macht die Sache nicht besser. Hinzu kommen Gleichstellungshemmnisse im Steuerrecht (Stichworte: Ehegattensplitting und Steuerklassen III / V), die dazu führen, dass Frauen nach wie

Kopf-Vermögen verfügen danach 60-

vor benachteiligt werden, oft, ohne sich dessen bewusst zu sein. Neben der finanziellen Benachteiligung, nannte die Vorsitzende der dbb Frauenvertretung noch die Benachteiligung im beruflichen Aufstieg. Immer noch dominiere im öffentlichen Dienst das Problem der „Hans-Bremse“:

Unter dem Titel „Die Hans-Bremse“ sorgte eine Recherche der Zeit Online im Oktober 2018 für Aufsehen. Es wurde der Frage nachgegangen, warum in Bundesbehörden Frauen noch immer seltener in Führungspositionen kommen als Männer. Die Erkenntnisse, die im Artikel zusammengetragen wurden, sind ernüchternd: Frauen werden bei der Besetzung leitender Positionen und bei Beförderungen im Bundesdienst systematisch benachteiligt. Zum Ausdruck kommt dies deutlich bei der Auswahl der Staatssekretäre. Seit 1949 wurden in der Bundesrepublik 692 beamtete Staatssekretäre ernannt. Unter ihnen sind jedoch nur 19 Frauen. Im selben Zeitraum wurden 24 Männer Staatssekretär, die den Vornamen Hans trugen. Dieses „Hans-Prinzip“ setzt sich laut Zeit Online Recherche in den Führungsebenen darunter fort – obwohl ein eigenes Gleichstellungsgesetz für die Bundesregierung das seit 2001 hätte ändern sollen.

Nach Helene Wildfeuer sprach als Grußwortrednerin die Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Juliane Seifert. Sie schloss direkt an ihre Vorrednerin an: Von den derzeit 19 Staatssekretären der aktuellen Bundesregierung seien nur 6 Frauen, also etwa 20%. Zwar sei in den Führungspositionen von Behörden die Frauen-Quote mit 35% etwas besser, allerdings sei die im laufenden Koalitionsvertrag vorgesehene Quote von 50% zu 50% in Bundesbehörden noch lange nicht erreicht. Dabei sei „Führen in Teilzeit“ nur bei 10% der Frauen umgesetzt, auch hier sei noch „viel Luft nach oben“. Das Bundesgleichstellungsgesetz, das gerade mit 18 Jahren seines Bestehens „volljährig“ geworden sei, müsse immer wieder zitiert und dessen Umsetzung angemahnt werden. Das Motto ihrer Hausspitze, so Seifert, sei „Frauen können alles!“, was sowohl als Feststellung als auch als Appell zu verstehen sei. Derzeit arbeitet ihr Ministerium an drei Schwerpunktthemen: Der Gleichbehandlung von Frauen bei der Bezahlung, die derzeit etwa 21 % unter dem Bruttoverdienst von vergleichbaren Jobs von Männern läge; die Steigerung der Attraktivität typischer und meist unterbezahlter Frauenberufe. Hier nennt Seifert als Beispiel eine Initiative ihres Hauses: Es wurden 2.500 Ausbildungsstellen für Erzieher/innen angeboten, die entgegen der derzeitigen Ausbildungs-Praxis in diesem Beruf vom Schulgeld befreit und für ihre Ausbildung bezahlt wurden. In kürzester Zeit nach dem Aufruf seien für diese 2.500 Plätze 7.500 Bewerbungen eingegangen. Das dritte derzeitige Schwerpunktthema sei Gewalt gegen Frauen. Hier seien verschiedene Initiativen geplant, etwa eine, die mehr Plätze in Frauenhäusern finanzieren soll.

Der Vorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach, stellte in seinem Grußwort u.a. selbstkritisch die Frage, ob sich die Gewerkschaften nicht auch Maßnahmen zur Verjüngung und geschlechterparitätischen Besetzung überlegen müssten?

Die Expertin für Fragen der Geschlechtergerechtigkeit im Steuerrecht, Frau Dr. Ulrike Spangenberg vom Institut für gleichstellungsorientierte Prozesse und Strategien (GPS) e.V., gab einen bemerkenswert verständlichen Einblick in Benachteiligungen von Frauen im geltenden Steuerrecht.

Die erschreckendste Zahl zuerst: Geschätzt entgehen dem Fiskus etwa 125 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung und etwa 60 Milliarden durch Steuervermeidung. Würde der Staat die Schlupflöcher nur annähernd schließen, wären die öffentlichen Kassen prall gefüllt. Frau

Spangenberg ging anhand anschaulicher Bilder und Grafiken vor allem auf die beiden Hauptprobleme der Steuerungerechtigkeit ein: das Ehegattensplitting und die Steuerklassen III / V. Das Ehegattensplitting müsste, so die Expertin, unbedingt auf seine Wirkung im Hinblick auf Gleichstellung geprüft und entsprechende Aufklärungskampagnen lanciert werden, da die langfristigen Nachteile des Ehegattensplittings insbesondere für die in der Regel geringer verdienenden Ehefrauen, nicht bekannt seien, etwa im Hinblick auf die Berechnung der Rentenanteile. Die Steuerklasse V sollte nach Meinung der Expertin abgeschafft werden und die bereits jetzt mögliche Faktorberechnung, die im Koalitionsvertrag beschlossen wurde, dagegen verbreitet praktiziert werden. Ein weiterer Missstand seien die Umsatz- und Mehrwertsteuer, die auf Gütern des allgemeinen Lebensbedarfs erhoben werden. Hier schlägt Frau Spangenberg eine Nullbesteuerung vor, da diese Steuer gerade die Geringverdiener unverhältnismäßig hoch belasteten. Dagegen solle eine subventionierte staatliche Leistung wie die Riesterrente abgeschafft werden, da hier insbesondere die Wohlhabenderen von dieser Subvention profitierten.

Auf die in der anschließenden Diskussion u.a. gestellte Frage, wie Deutschland im Vergleich mit anderen europäischen Ländern dastehe, zitierte sie die Entschließung des Europäischen Parlaments zur „Gleichstellung der Geschlechter und Steuerpolitik der EU“ vom 15. Januar 2019 (P8_TA-PROV (2019)0014). Hier seien klare Vorgaben zur Geschlechtergerechtigkeit in der Steuerpolitik gemacht. Deutschland hinke im europäischen Vergleich deutlich hinterher. Schweden und Finnland haben die gegenüber dem Steuerklassenprinzip gerechtere Individualbesteuerung längst eingeführt.

In ihrem Impulsreferat „Frauen machen Politik – Wege zur Parität in der Politik“ legte Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski vom Institut für Wirtschaftsrecht der Universität Kassel anschaulich dar, wo die Benachteiligungen von Frauen liegen. Es beginnt mit der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten verschiedener Parteien. Während die Fraktion der Grünen, die Linke und die SPD paritätisch Männer und Frauen aufstellten, sei dies bei den übrigen Parteien nicht der Fall, was dazu führe, dass entsprechend weniger Frauen überhaupt wählbar seien. Von angemessener Repräsentanz der Wählerinnen also könne keine Rede sein.

Die anschließende Podiumsdiskussion griff verschiedene Aspekte aus den Impulsreferaten sowie weitere Punkte auf. Parallel dazu verlief eine interaktive Diskussion zwischen Podium und Publikum mit Hilfe des „Audience Responsive Tool“ „slido“: Das Publikum konnte über seine Smartphones auf einer eigens eingerichteten Seite Fragen stellen, Kommentare platzieren und für die wichtigsten Stichwörter votieren. Ganz oben rangierte, wen wundert's, die Frage, wie es denn um die gleichberechtigte Repräsentanz im dbb Bundesvorstand stünde. Auch hier ist also noch viel Luft nach oben!

Dr. phil. Beate Hörr
Vorstandsvorsitzende
vhw rlp Verband Hochschule und Wissenschaft Rheinland-Pfalz